

Neustadt  
Dresden,  
Markt, Nr. 2,  
in der Ver-  
lags-Expedi-  
tion zu haben.

# Sächsische Vorzeitung.

Preis  
vierteljährlich  
124 Rgr. zu  
beziehen durch  
alle Post-An-  
stalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur: Friedrich Walther. — Verlag von Heinrich und Walther.

## Politische Weltschau.

**Deutschland.** Das sieht wieder einmal über die Maßen kriegerisch aus im lieben Deutschland. Oesterreich steht schon längst mit einer starken Truppenmacht in Böhmen und in Böhmen, Preußen hat einen beträchtlichen Theil seiner Streitkräfte bei Wehlar und Paderborn, sowie auch bei Eisenach zusammengezogen, und gegenwärtig rückt ein starkes bairisches Armeecorps nach der Gränze vor, um die Mainlinie zu besetzen und des Winkes zum weiteren Vorrücken von Frankfurt a. M. aus gewärtig zu sein. Trotz dieser bedrohlichen und für die Beutel der Steuerepflichtigen sehr kostspieligen militärischen Maßregeln wird ein Krieg nicht ernstlich gefürchtet, sondern vielmehr eine endliche Verständigung der beiden deutschen Großmächte in nächster Zeit erwartet, ohne daß es zum Aeußersten kommt. Während sich hier in Deutschland die Armeen mit dem Gewehr in dem Arm gegenüberstehen, wird vielleicht in diesen Tagen das Geschick unseres Gesamt Vaterlandes durch den Nachspruch des Kaisers aller Russen entschieden. Dieser hält sich gegenwärtig in Warschau auf, und der preussische Ministerpräsident Graf v. Brandenburg, sowie der Vorstand des Wiener Cabinets, Fürst Schwarzenberg, sind nach der polnischen Hauptstadt abgereist, um dort den Rath des mächtigen Czaren zu hören, während der Kaiser von Oesterreich sich anschickt, ebenfalls dorthin zu gehen. Ob auch der König von Preußen nach Warschau geht, scheint bis jetzt noch nicht fest bestimmt zu sein. Gewiß aber ist, daß die Beratungen mit dem Kaiser von Rußland nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse bleiben werden. Denn dahin sind unsere deutschen Wirren leider längst gediehen, daß die deutschen Regierungen dem fremden Einflusse mehr Spielraum gestatten, als der gerechten Würdigung der deutschen Volksinteressen. —

Die bairische Regierung, an deren Spitze der weiland freisinnige Minister v. d. Pfordten steht, der einst in den sächsischen Kammern das Segentheil von Dem versprach, was er jetzt thut, scheint mit großer Bereitwilligkeit dem Rufe des Frankfurter Bundestages gefolgt zu sein, um die Hassenpflug'sche Politik mit durchzuführen zu helfen. Mit großer Eile ist eine Truppenmacht von ziemlich 40,000 M. aufgestellt worden, um nöthigenfalls in Kurhessen einzurücken. Die Stabsquartiere befinden sich in Aschaffenburg, Würzburg, Bamberg und Schweinfurt, und diese Aufstellung bekundet deutlich genug obigen Zweck.

Während in der letzten Woche in Kurhessen fast gar keine Veränderung in den dortigen Zuständen stattgefunden hat, scheinen die neuesten Nachrichten auf eine nahe Entscheidung hinzudeuten, wenn sich diese auch weniger günstig zu entwickeln droht, als man nach den letzten Vorgängen hoffen durfte. Durch die Entlassungsgesuche der Offiziere war der Kurfürst wankend geworden, er wollte nichts mehr von Hassenpflug und seinen Rathschlägen wissen. Der Obergerichtsrath Evers wurde nach Wilhelmsbad berufen, um ein neues Ministerium zu bilden, in welches der Kurfürst jedoch mindestens einen seiner zeitherigen Räte aufgenom-

men wissen wollte. Evers, ein strengconservativer Mann, aber dabei von rechtlicher Gesinnung, lehnte dieses Ansuchen ab, verlangte die Bildung eines ganz neuen Ministeriums und legte zugleich dem Kurfürsten ein Programm vor, worin vor Allem die Aufrechterhaltung der Verfassung als erste Bedingung an die Spitze gestellt war. Gleichzeitig waren die bereits vor acht Tagen bezeichneten Männer (v. Losberg, v. Dufsing etc.) nach Wilhelmsbad berufen worden, um in das Ministerium einzutreten. Noch ehe aber hierüber die Verhandlungen beendet waren, hatten die österreichischen Rathgeber im Vereine mit Hassenpflug den Kurfürsten wieder umgestimmt. Die Bildung eines neuen Ministeriums unterblieb daher, so nahe auch der Abschluß dieser Angelegenheit gewesen und so geneigt sich auch der Kurfürst in einem an den König von Preußen gerichteten Schreiben zu einer friedlichen Ausgleichung der vorhandenen Conflicte gezeigt hatte. Während diese Dinge in Wilhelmsbad vorgingen und die Ungewißheit über die zu erwartende schließliche Entscheidung auf die eingereichten Entlassungsgesuche der Offiziere fortbauerte, war in Kassel förmlicher Waffenstillstand eingetreten, und der alte Haynau hatte sein Schwert in die Scheide gesteckt. Am 17. Octbr. erließ der General eine Ordre, worin er die Signale und Sammelplätze für jedes Truppcorps festsetzt und sonstige Vorsichtsmaßregeln, welche sich bei dem Ausbruche eines Tumults etwa erforderlich machen möchten, anordnete. Der Tumult blieb aber aus, und die Ruhe der Hauptstadt dauerte ungestört fort. Ein Feuer alarmirte die Truppen, wurde aber bald gelöscht; sobald die Sturmglocke ertönte, eilte die von Haynau aufgelöste Bürgergarde bewaffnet herbei, um ihren Dienst zu thun, und der Oberbefehlshaber konnte sich überzeugen, daß sein verfassungswidriges Nachtgebot gänzlich ohne Erfolg geblieben war und die Bürgergarde nach wie vor fortbestehe. Die Wachen in den Druckereien wurden zurückgezogen, weil die Druckereibesitzer die Ablösung nicht in das Haus hineinlassen wollten. Kurz, Haynau hatte, außer in dem Schlosse Bellevue, wo er residirt, in ganz Kassel nichts zu sagen, denn es gab Niemandem, der seine Befehle ausführte. Während dieses fast achttägigen Waffenstillstandes erwartete man mit jedem Tage eine Entscheidung aus Wilhelmsbad, die den unerquicklichen Verhältnissen ein Ende machen und den Rechtszustand wieder aufrichten sollte. Diese Entscheidung aber verzögerte sich von Tage zu Tage. Endlich, mit dem Beginn der gegenwärtigen Woche erlangte man Gewißheit darüber, daß der Kurfürst jede versöhnliche Ausgleichung verschmäht habe, vielmehr bereit sei, sein gegenwärtiges Ministerium beizubehalten und, wo nöthig, zum Aeußersten zu schreiten. Seit dem 17. October wurde die sehr starke Garnison von Kassel wesentlich vermindert; mehre Bataillone erhielten Marschordre nach der Provinz, ferner wurden auch starke Beurlaubungen verfügt. Gerüchte verkündeten, daß die Entlassung der Offiziere genehmigt sei und in den nächsten Tagen die Verkündigung derselben erfolgen werde. Am 22. Octbr. endlich langten drei Verordnungen an, welche die gehegten Befürchtungen vollkommen bestätigten und als die Vorläufer anderweiter